

Die große Umverteilung von unten nach oben

Seit vielen Monaten wird in unserer Stadt Sozialabbau betrieben, die Grundsteuern wurden unverschämt erhöht und jetzt heißt es sogar „die Straßenbeitragsatzung“ kommt. Der Haushalt müsse saniert werden, heißt es. Haushaltssanierung ist wichtig. Man sollte jedoch den hohen Preis der „Ha Haushaltssanierungen“ in Hessen nicht verschweigen. Der „Schutzschirm“ war nie ein „Schutz“-Schirm. Wir haben oft Zitate von zwei Sozialdemokraten abgedruckt: „Der Schutzschirm ist ein mieses und erpresserisches Spiel der Landesregierung“, meinte mal Thorsten Schäfer-Gümbel und Gerold Reichenbach (SPD-MdB) sagte: „Praktisch wird beim Schutzschirm nur Geld von unten nach oben verschoben.“

Aber trotzdem haben die hiesigen Sozialdemokraten, die Grünen, die CDU und die FDP diesem löcherigen Schirm zugestimmt.

Diese Parteien haben auch in Hessen den Grundstein für diese große Umverteilungaktion gelegt. Am 27. März 2011 fand in Hessen eine Volksabstimmung zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Landesverfassung statt. Die wurde gleichzeitig mit den Kommunalwahlen durchgeführt. Auch SPD und Grüne haben dafür geworben. Man sollte nicht vergessen, wie der Schutzschirm überhaupt entstanden ist. Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung strich den Kommunen im Jahr 2011 mir nichts, dir nichts 340 Millionen Euro pro Jahr. Umso großzügiger konnte sie sich ab 2013 zeigen, als sie den verschuldeten Kommunen wie-

derum Finanzmittel über den Schutzschirm zubilligte – jetzt allerdings unter harten Auflagen. Die Folgen werden wir noch lange spüren. Die hessische DGB-Vorsitzende Gabriele Kailing meinte: „Der Schutzschirm ist kein Erfolg - sondern ein massives Spar- und Kürzungsprogramm“.

Tatsächlich spüren wir auch vor Ort, was man alles gekürzt und eingespart hat. Die strikte Sparpolitik, der sich die Kommunen unterwerfen mussten, bedeutete nichts anderes, als die Kürzung öffentlicher Leistungen und die Erhöhung von Gebühren und Grundsteuern. Man darf es nicht vergessen.



Von Sprüchekloppern und Leuten, die wissen, was sie tun

Da hat man uns was eingebrockt mit dem Schutzschirm. Vor Ort haben die Parteien der Stadtregierung zugestimmt. Meist mit dem dummen Spruch: Das war „alternativlos“.

Bei den darauf folgenden Belastungen der Bevölkerung hörte man diesen Spruch wieder.

Dann gab es mit dem Einzug der „Freien Wähler“ noch mehr neoliberale Illusionen und neue Sprüche:

„Das Produkt Mörfelden-Walldorf ist noch nicht zu Ende definiert“, erklärte der neue Kämmerer Ziegler angesichts der Wirtschaftsförderung. Es brauche daher ein Gesamtkonzept für die Gewerbepolitik.

Da sind wir mal gespannt, wie das ausgeht. Die Transparente gegen die Flughafenwucherungen hatte man schnell abgehängt, der Ansturm von ansiedlungswilligen neuen Gewerbebetrieben ist bisher ausgeblieben.

Dafür geht allerdings die Verödung im innerstädtischen Bereich weiter.

Da würde es sich doch anbieten, einmal das „große Gespräch“ mit den Bürgern zu führen.

Aber da hapert es auch. Der Stadtverordnetenvorsteher Werner Schmidt schrieb einem Bürger gerade:

„Die Bürgerversammlung dient der Unterrichtung der Bürger, ist also insoweit eine „Vortragsveranstaltung“, bei der die Bürger im Wesentlichen Zuhörer sind.“ So kommen die Bürgerinnen und Bürger verstärkt zur Meinung: „Man kann ja doch nichts machen“. Es folgt Politikverdrossenheit mit bekannten Folgen.

AUS DEM STADTPARLAMENT

Zur Mai-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hatte die DKP/LL-Fraktion einige Anfragen und Anträge eingebracht.

Der Redaktionsschluss dieser „blickpunkt“-Ausgabe zwingt uns, einige Themen in den nächsten Ausgaben zu behandeln.

An den Trauerhallen Gedenktafeln für Euthanasie-Opfer aus unserer Stadt anbringen

Unser Antrag:

„In Mörfelden und Walldorf werden gut sichtbar an den Friedhofs-Trauerhallen Gedenktafeln für die Euthanasieopfer aus unserer Stadt angebracht. Die Tafeln werden im November 2017 (Volkstrauertag) enthüllt.

Zu dieser Veranstaltung werden die Bevölkerung unserer Stadt, die Kirchen, Vereine, Sozialverbände und die politischen Organisationen eingeladen.“

In der Begründung heißt es u.a.:

Im Rahmen des sogenannten „Euthanasie“-Programms der Nazis wurden 25 Menschen aus Mörfelden und Walldorf in Hadamar ermordet, weitere vier im Philipps-Hospital in Goddelau. Im Herbst 2010 wurde mit einer sehr berührenden Ausstellung im Mörfelder Heimatmuseum an die Opfer aus unserer Stadt erinnert.

Im Januar hat der Bundestag in seiner diesjährigen Veranstaltung aus Anlass der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Sowjetarmee besonders der 300.000 Opfer des NS-„Euthanasie“-Programms gedacht. Wir greifen deshalb unseren Antrag aus dem Jahr 2009 noch einmal auf und regen an, auf Grundlage der damals dokumentierten Verbrechen an Bürgern unserer Stadt an beiden Trauerhallen zur Erinnerung und Mahnung Gedenktafeln anzubringen.

Nachgefragt

Städtische Anschlagtafeln überprüfen und Bestand ergänzen

Im Dezember 2015 hat die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, dass die Standorte der städtischen Anschlagtafeln überprüft werden und der Bestand ergänzt wird. Bestandteil des Beschlusses sind konkret benannte Standorte in beiden Stadtteilen.

Auf Nachfrage teilte der Magistrat jetzt mit, dass mit der Umsetzung dieses Beschlusses im Herbst dieses Jahres zu rechnen ist - wenn der Nachtragshaushalt genehmigt ist, in dem zu diesem Zweck 4.000,-€ eingestellt werden sollen.

Vielleicht wird's ja was.

Hinweisschilder „Atomwaffenfreie Zone“

Im Oktober 2015 hat die Stadtverordnetenversammlung ihren Beschluss erneuert, unsere Stadt symbolisch als „Atomwaffenfreie Zone“ zu erklären und an den Ortseingängen die entsprechenden Hinweisschilder wieder anzubringen.

Auf Nachfrage teilte der Magistrat jetzt mit, dass 8 Schilder angeschafft und an den Standpfosten der Partnerschaftsschilder im Zug der Gemeindestraßen angebracht werden sollen. Vorgesehen sind drei Schilder im Vitrolles-Ring, 2 Schilder in der Industriestraße und jeweils 1 Schild in der Okrifteler Straße, Aschaffener Straße und der Frankfurter Straße.

Vielleicht klappt's ja bis zur „Rückfeier“ zum 25jährigen Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Wageningen, die im September in unserer Stadt gemeinsam gefeiert wird.



Denkmal am Bürgerhaus. Rostflecken wohin man sieht. Bald kann man nichts mehr ausbessern eine Grundsanierung wird fällig.

Städtisches Eigentum vergammelt

Die Hinweise unserer Leserinnen und Leser nehmen zu, die uns das eine oder andere berichten.

Am ersten Mai, sagte ein Besucher der Veranstaltung im Bürgerhaus: „Seht euch das an, alles verrostet zunehmend.“

Er zeigte dabei auf das Denkmal für die Bauarbeiter des Volkshauses, das gerade 10 Jahre hier steht.

Wir wissen um den Zustand. Wir haben mehrmals beantragt, dass Reparaturen stattfinden.

Offenbar war die Konstruktion nicht ordentlich verzinkt, bald schon blätterte Farbe ab.

Die Beleuchtung hatte nie richtig funktioniert. Jetzt sind fast alle Lampen „abgesoffen“. Auch das Umfeld ist oft sehr verwildert.

Kein schöner Anblick für Gäste, die das Haus besuchen.

Wir denken schon, die Stadt hat auch eine „Sorgfaltspflicht“.

Die Stadt hat kein Geld, heißt es. Aber städtisches Eigentum - wo es sich auch befindet - darf man nicht verrotten lassen. Dann wird es letztlich teuer.

Der Antrag der DKP/LL „Gedenkschilder für Euthanasieopfer“ und ein weiterer Antrag, eine „Historische Druckereieinrichtung sichern und präsentieren“, wurden in der Mai-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr behandelt. Im September stehen sie erneut auf der Tagesordnung. Bis dahin ist jetzt Zeit, über die ablehnenden Stellungnahmen der Museumsleiterin nachzudenken, die der Bürgermeister im zuständigen Ausschuss präsentierte. Wir setzen darauf, dass unsere Initiativen eine Mehrheit finden.

Kreistag für Erhalt der Kreisklinik

Mit einer deutlichen Mehrheit hat der Kreistag beschlossen, die Kreisklinik zu erhalten und dem Fortführungskonzept des Geschäftsführers zugestimmt. Einen Verlustausgleich bis zu drei Millionen Euro pro Jahr plant der Kreis dafür ein. Die „Abwicklung“ des Krankenhauses, für die die Hessische Landesregierung mit einer „Abwrackprämie“ geworben hat, würde mehr kosten.

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE. Offene Liste hat sich von Anfang an geschlossen für den Erhalt der Kreisklinik eingesetzt. „Gesundheit muss uns etwas wert sein“, betonte Fraktionssprecherin Christiane Böhm in ihrem Redebeitrag und unterstrich die Notwendigkeit der Einrichtung. Sie dankte der Bürgerinitiative, die 16.000 Unterschriften für den Erhalt der Kreisklinik gesammelt und der Belegschaft des Krankenhauses, die unter schwierigen Bedingungen den Betrieb aufrecht erhalten und um ihre Arbeitsplätze gekämpft hat. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass trotz auch bei vielen Kreistagsabgeordneten vorhandenen Bedenken - die FDP/Freie Wähler-Fraktion hatte sogar die Schließung der Klinik beantragt - eine politische Entscheidung für die Fortführung des Klinikbetriebs

getroffen wurde. Ein wichtiger „Etappensieg“ für alle, die der Kreisklinik im Interesse der Kreiseinwohner eine Zukunft geben wollen. Die Arbeit dafür geht jetzt erst richtig los.

Wir wünschen allen Beteiligten weiterhin Mut und Kraft beim Einsatz für einen gesunden Kreis Groß-Gerau.

Humanisten fordern:

Kein Gottesbezug in die Verfassung des Landes Hessen

Gemeinsam mit den beiden Großkirchen will die CDU „die Verantwortung vor Gott“ als Passus in die hessische Landesverfassung aufnehmen. Anlass dazu bietet die eingerichtete Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“. Die Humanistische Gemeinschaft Hessen sowie der Humanistische Verband stellen sich als Interessenvertretung nichtreligiöser Menschen gegen diese Ausgrenzung und Bevormundung. Auch in Hessen machen Atheisten und nichtreligiöse Menschen einen immer größeren Teil der Bevölkerung aus.

„Gesetze mit ausdrücklichen Verweisen auf religiöse Vorstellungen widersprechen der Idee von einem demokratischen Staat als verfasstem Gemeinwesen aller Bürgerinnen und Bürger“ heißt es in einer Erklärung.

Hier kann man sie unterschreiben:

www.openpetition.de/petition/online/kein-gottesbezug-in-die-hessische-landesverfassung

Befehlsempfänger

Die Stadt wird Straßenanliegergebühren einführen. Warum? Das Regierungspräsidium hat's befohlen.

Und die Selbstständigkeit der Gemeinden nach §2 HGO? Na ja, darauf hat man findige Juristen angesetzt. Es heißt ja: „Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung“. Also machen CDU und Grüne im Landtag ein neues Gesetz, das „ausdrücklich etwas anderes bestimmt“, und - simsalabim - schon ist die Selbstverwaltung der Gemeinden außer Kraft gesetzt, und die Straßenanliegergebühren sind eingeführt.

Und was machen die an die Macht gekommenen Freien Wähler? Genau das, was auch ihre vom kommunalen Futtertrog verdrängten Vorgänger gemacht haben: Sie führen die Befehle aus.

Soviel zur „neuen Politik“ der FW. Originalton Wahlprogramm: „Unser Angebot richtet sich auch an alle, die Ihr Vertrauen in die Politik verloren haben“. Ha, ha.



Auch im Stadtteil Walldorf gibt es jetzt ein Denkmal für die im Faschismus politisch Verfolgten. In der Langstraße wurden Ende April Schautafeln enthüllt, die an die Verbrechen in der Nazi-Zeit erinnern. Vor zwei Jahren wurde ein Denkmal auf dem Mörfelder „Kirchplatz“ der Öffentlichkeit übergeben. In beiden Stadtteilen wird so an den Standorten der einstigen Rathäuser dafür gesorgt, dass politisch Verfolgte nicht vergessen werden. „Einen Schlussstrich darf es weder heute noch in Zukunft geben“, machte Bürgermeister Heinz-Peter Becker deutlich. Mit Hintergrundtexten, Biografien und Fotos rufe das Denkmal die Einzigartigkeit der Ortsgeschichte in Erinnerung, sagte Museumsleiterin Cornelia Rühlig bei der Vorstellung der Schautafeln. Es sprachen und erläuterten: Carmen Rebecca Hecht, Klaus Müller, Georg Emmerich und Rudi Hechler.

blickpunkt jugend



Mit verschiedenen Veranstaltungen feierte jetzt das Jugend- und Kulturzentrum (JuKuZ) seinen fünften Geburtstag. Unser Foto zeigt die Darbietung mit Tänzen aus Sri Lanka.

Als Ersatz für das alte JUZ ist der Neubau am Mörfelder Bahndamm jetzt Treffpunkt vieler Jugendlicher unterschiedlicher Altersgruppen.

Gut, das wir diese Einrichtung haben. Wir wünschen auch weiterhin viel Erfolg und dass das JuKuZ Heimat und Anlaufpunkt für noch mehr Jugendliche wird.

Gute und böse Raketen oder wie?

Am 26.4.2017 startete die US-Luftwaffe auf ihrem Stützpunkt Vandenberg eine Interkontinentalrakete des Typs Minuteman-3. Die freigesetzte Bombenattrappe landete nach etwa 4.000 Meilen im vorgesehenen Zielgebiet im Meer. „Minuteman-Starts sind wichtig, um den Status der Atomstreitkraft der USA zu überprüfen und die nuklearen Fähigkeiten der Nation zu demonstrieren“, begründete der Kommandeur des 30. Weltraumgeschwaders den Test. Weitere Raketenstarts erfolgten.

Am 29.4.2017 testete das nordkoreanische Militär eine ballistische Rakete. Diese explodierte noch über dem Territorium der Demokratischen Volksrepublik Korea. Bereits zehn Tage zuvor war eine Rakete nach 60 Kilometern ins Meer gestürzt. Weitere Raketenstarts erfolgten.

Beide Seiten, die USA ebenso wie Nordkorea, heizen die Situation an. Der US-Präsident warnte unverblümt vor einem „großen, großen Konflikt mit Nordkorea“, Nordkorea kündigte seinerseits eine Fortsetzung der Raketenstreicheln an.

Schon seit Jahren schlagen Abrüstungsexperten aus der Region vor, einen „großen Wurf“, eine Atomwaffenfreie Zone Nordostasien anzustreben. Diese könnte nach dem Vorbild der bereits bestehenden Atomwaffenfreien Zonen gestaltet werden, die sich über fast die ganze südliche Hemisphäre erstrecken. Allerdings wäre die Aufgabe groß, denn außer Nord- und Südkorea und Japan müssten die Atomwaffenstaaten China, Russland und USA gemeinsam am Tisch sitzen.

Friedensgespräche auf allen Ebenen sind aber notwendig. Die Diplomatie muss siegen, sonst stehen wir bald vor rauchenden Trümmern.

Gerade gelesen



Sturzgeburt

Ist Ihnen, verehrter Leser, noch geläufig, wies nach der Wende 1989/1990 zuzug? Peter Diestel und Oskar Lafontaine erzählen im Buch „Sturzgeburt. Vom geteilten Land zur europäischen Vormacht. Streitgespräch zur deutschen Einheit“ diese Geschichte. Es ist eine Deutschstunde par excellence.

P. Diestel, Konservativer, war im Kabinett von Lothar de Maizière der letzte Minister des Innern der DDR, der mit der „Allianz für Deutschland“ die Volkskammerwahl gewann. Kohl blieb Kanzler. Oskar Lafontaine, SPD-Vorsitzender und Kanzlerkandidat, verlor die Wahl. Diestel wollte die rasche Einheit, Lafontaine trat auf die Bremse. Kohl schwärmte von den „blühenden Landschaften“ und der Begleichung der Vereinigungskosten aus der Portokasse. Kontrahent Lafontaine wies auf die überbordenden Kosten hin. Vereinigung ja, aber mit Bedacht und Ungerechtigkeiten und wirtschaftlichen Niedergang vermeidend. Beide - Diestel und Lafontaine - steuerten das gleiche Ziel an, doch auf verschiedenen Wegen. Sie blicken kritisch auf die Vergangenheit und Gegenwart und die deutschen Ambitionen in Europa. In seiner Vorstellung zeichnet Lafontaine seine Herkunft und seinen Werdegang und schreibt zum Satz von Willy Brandt, Krieg sei kein Mittel der Politik: „Das hat mein Handeln stets geleitet.“ Für den Leser ist stets der Achja-Effekt programmiert. „Ach, das hatte ich schon vergessen - oder noch nicht gewusst.“

Beide Gesprächspartner sind aus der „großen Politik“ raus. Der eine betreibt ein Anwaltsbüro, der andere ist Oppositionsführer im Saarland. Beide eint der kritische Blick auf die jüngste deutsche Geschichte, beide machen sich berechnete Sorgen um die Zukunft des Landes. Ein lesenswertes Buch!

Erschienen im Verlag Das Neue Berlin, Kosten 14,99 Euro

US- und deutscher Imperialismus - ein Herz und eine Seele?

Diskussionsveranstaltung mit:
Lucas Zeise, Chefredakteur der
DKP-Wochenzeitung
„Unsere Zeit“

Donnerstag, 8. Juni 2017
19 Uhr
Stadthalle Walldorf
Clubraum 1

Eine gemeinsame Veranstaltung
von

DIE LINKE.Ortsverband
Mörfelden-Walldorf

DKP
Mörfelden-Walldorf



Schwimmbadeintrittspreise erhöht

Der Eintritt ist um rund 20 Prozent angehoben worden. Erwachsene zahlen nun 4,80 Euro, Schüler und Jugendliche 2,40 Euro. Zehnerkarten kosten 34 oder 17 Euro. Eine Dauerkarte liegt nun bei 66 Euro, Jugendliche müssen die Hälfte bezahlen. Eine Familien-Dauerkarte schlägt mit 150 Euro zu Buche.

...und wieder ein Rekord

Der zentralen Lage im Rhein-Main-Ballungsraum haben wir nicht nur den Fluglärm, sondern auch hohe Mieten zu „verdanken“.

Soweit bekannt. Einer neuen Studie des Hamburger Forschungs- und Beratungsunternehmens F+B zufolge sind wir sogar (wie bei den Grundsteuersätzen) bundesweit an der Spitze: Platz drei nach Lörrach (wo sich die Spekulation aus der nahen Schweiz auswirkt) und dem Stuttgarter Vorort Ostfildern.

In Lörrach stiegen die Mieten für Wohnungen (Neuverträge) in den ersten drei Monaten 2017 im Vergleich zum Vorquartal um 8,5 Prozent, in Ostfildern um 5,7 Prozent, bei uns um 4,6 Prozent. Zum Vergleich: Bundesweit stiegen der Auswertung zufolge die Neuvertragsmieten um 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, die Bestandsmieten sind im selben Zeitraum nur leicht um 0,3 Prozent angestiegen.

Bei der Miethöhe gibt es in Mörfelden-Walldorf mit 9,20 Euro/qm (kalt) noch etwas „Luft“, da sind München (13,10 Euro/qm, Anstiegsrate 1,6 Prozent), Frankfurt (11,00 Euro/qm, Anstiegsrate 2,5 Prozent) und Hamburg (10,50 Euro/qm, Anstiegsrate 1,3 Prozent) schon weiter. Aber bei unserer Steigerungsrate ist das ja nur eine Sache von einigen Jahren...

Straßenbeitragssatzung kommt

... stand in der Presse. Der städtische Haushalt 2017 ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. „Unsere Maßnahmen haben sich gelohnt, auch liegen die Steuereinnahmen aktuell eher über den Erwartungen“, schrieb der Erste Stadtrat Burkhard Ziegler in einer Pressemitteilung.

Schon jetzt kann man sich folgendes Szenario vorstellen. Die deutsche Wirtschaft macht momentan fette Profite. Vor der Bundestagswahl gibt es bei den Regierungsparteien Überlegungen, den Kommunen mehr Geld zu geben. Wir kämen in unserer Stadt aus dem Schutzschirm-Schlamassel. Wer wird dann der „Retter“ unserer Stadt? Natürlich der neue Mann, der Banker a.D. Ziegler. Mal sehen . . .!

Aber in der Gegenwart hat man die Hände noch tief in den Taschen der Bürgerinnen und Bürger, um rauszuholen, was rauszuholen ist.

Wir haben darüber berichtet. Kita- und Badgebühren gestiegen, die Vereinsbezuschussung ist erneut gekürzt worden usw.

Aber jetzt bereitet man allmählich einen größeren Coup vor: Die Straßenbeitragssatzung.

„Wir werden uns der Pflicht beugen müssen, eine Satzung zu erlassen“, so Ziegler. Nix Protest - kein „Männerstolz vor Königsthronen“. Er ist halt auch nur einer wie die anderen.

Die 14-Kilo-Spende

EIN NACHTRAG

Wir berichteten im letzten „blickpunkt“ über eine „14-Kilo-Spende“.

Wir wurden mehrmals gefragt: „Wieviel war es?“ In der Bank wurde gezählt - es waren 101,- Euro.



Wir bedanken uns für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten.

Unser Spenden-Konto:

Kreissparkasse GG, IBAN DE37 5085 2553 0009 0034 19

Wer interessiert sich für Kommunalpolitik?

Jeden Monat machen wir den „blickpunkt“, der mit 15.000 Exemplaren in fast jedes Haus kommt. Wir sprechen regelmäßig mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wer Lust hat, die Kommunalpolitik in unserer Stadt mitzugestalten, kann sich bei uns melden. In unseren Fraktionssitzungen kann man zuhören und mitreden. Wir freuen uns auf Vorschläge.

Kontakte: GerdSchulmeyer@gmx.de
Dietmar.Treber@gmx.net

HARTZ IV

KINDERARMUT IN DEUTSCHLAND

Kinderarmut im reichen Deutschland - ein Thema, das viele politische und gesellschaftliche Akteure gerne ignorieren. Der wirtschaftliche Aufschwung geht an vielen Kindern in Deutschland vorbei. Neue Zahlen zeigen, dass fast jeder fünfte Minderjährige in einer armen Familie lebt. Immer noch leben 19% oder 2,47 Millionen aller Mädchen und Jungen in Deutschland in Familien mit so wenig Geld, dass sie als arm oder armutsgefährdet gelten. Das ist eine bittere Nachricht.

Mehr als jedervierte Minderjährige in Deutschland ist laut der Kinder- und Jugendhilfe sozial ausgegrenzt oder von Armut bedroht. „Startchancen in das Leben werden nach wie vor vererbt“, sagt die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Insgesamt 3,7 Millionen Kinder und Jugendliche gehörten zu den Verlierern ihrer Generation – das sind 28%. Allein 19% aller jungen Menschen seien von Armut bedroht. heißt es. Jeder Zehnte wachse in einem Elternhaus auf, in dem weder Vater noch Mutter erwerbstätig seien. 11% wüchsen in Familien auf, in denen weder Vater noch Mutter eine abge-

schlossene Berufsausbildung hätten. Kinderarmut hat unterschiedliche Gesichter, aber gemeinsam ist bei allen die fehlende Lebensperspektive. Kinderarmut in einem der reichsten Länder kommt nicht aus dem Nichts, sondern ist die Folge politischer Entscheidungen.

Die in den vergangenen 15 Jahren vorgenommenen Reformen des Renten-, Gesundheits- und Steuersystems wirken als Umverteilungsprojekte von unten nach oben, verstärkten Altersarmut, entlasteten Spitzenverdiener und belasteten dabei die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen.

Angesichts von Milliardenmehrnahmen, wie sie der Steuerschätzerkreis bekanntgab, darf man deshalb nicht über solche Steuersenkungen nachdenken, die meist nur den Reichen zugute kommen.

Vielmehr muß das Geld so ausgegeben werden, dass die unteren Einkommensschichten etwas davon haben. Wo Kinderreichtum zum Armutsrisiko wird, kann von Sozialstaat keine Rede mehr sein. Das reichste Zehntel der Gesellschaft profitierte in den vergangenen Jahren deutlich mehr von familienpolitischen Fördermaßnahmen als das ärmste, das es am nötigsten hat. Notwendig sind deshalb auch Initiativen auf kommunaler und Landesebene. Die Voraussetzungen dafür muss aber die Bundespolitik schaffen.

Armut ist nicht nur ein finanzielles Problem, sondern auch eines der Mitbestimmung: In politischen und gesellschaftlichen Ämtern sind Wohlhabende überrepräsentiert, ebenso bestimmen sie die Wahrnehmung von Armut in der Öffentlichkeit. Es stimmt der alte Satz: Wer reich ist, ist einflussreich.

Jeder vierte Jugendliche in Hessen ist von Armut bedroht

In Hessen gibt es regional große Unterschiede. Kinderarmut ist vor allem ein Problem in großen Städten. Einsamer Spitzenreiter mit 34,5% ist die Stadt Offenbach. Die weiteren Plätze belegen die Städte Wiesbaden (24%), Kassel (23,9%), Frankfurt (22,1%) und Darmstadt (20,7%).

Kinderarmut bedeutet vor allem, Kind armer Eltern zu sein. In Hessen lebten 2015 144.405 Kinder und Jugendliche in Familien, die Leistungen nach SGB II (Hartz IV) beziehen. In der letzten Erhebung aus dem Jahr 2011 waren es hessenweit noch 134.251 Menschen unter 18 Jahren - ein Zuwachs von 7,5%.

Es ist ein Skandal, dass trotz guter Wirtschaftslage auch in Hessen die Kinderarmut weiter wächst.

Für betroffene Kinder ist es extrem schwierig, dem jemals zu entkommen. Armut ist oft erblich. Denn materielle Armut geht einher mit fehlenden Bildungs- und Teilhabechancen. Gerade Kommunalpolitiker sind hier gefordert. Sie müssen die örtlichen Zahlen und Verhältnisse kennen, um zu verhindern, dass der Weg ins Leben düster aussieht.

In Bremen ist die Kinderarmut mit einer Quote von mehr als 33% am höchsten.

Sachsen-Anhalt folgt auf dem zweiten Negativplatz (28,7%).

Im Regierungsbezirk Düsseldorf leben 25,1% der Kinder und Jugendlichen in armen beziehungsweise einkommensschwachen Haushalten.

In den Regierungsbezirken Oberbayern, Oberpfalz und Tübingen sind es rund 9 bis maximal 10,5%.



KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Global denken, lokal handeln

Lokales Engagement gegen die Negativ-Auswirkungen des wuchernden Flughafens entsteht häufig aus der eigenen Betroffenheit heraus. Wer um 5 Uhr morgens durch Fluglärm aus dem Schlaf gerissen wird, der setzt sich gerne für ein Nachtflugverbot in der „gesetzlichen Nacht“ von 22 bis 6 Uhr ein. Aber das Thema Fluglärm ist nur ein Ausschnitt der Problematik und das Etikett „Fluglärmgegner“ ist völlig verkürzt. Statt dessen gilt der bekannte Satz: „Global denken, lokal handeln“.

Am Flughafen verschränken sich die regionalen Auswirkungen mit den Ergebnissen weltweiter Ausbeutungsverhältnisse.

Regional haben wir durch den Flughafen ausbau einen immensen Waldverlust zu verkraften. Lärm und die Emissionen von gesundheitsrelevanten Schadstoffen nehmen zu. Dazu kommen noch die Auswirkungen auf das Klima durch den Flugverkehr. Der Luftverkehr wurde aus allen Klimaabkommen rausgehalten. Erst für 2027 kündigt die zuständige internationale Organisation ICAO auf freiwilliger Basis völlig unzureichende Maßnahmen an.

Immer mehr Verkehrsinfrastruktur wird im Ballungsgebiet Rhein-Main

gebaut, häufig mit dem Hinweis, der Flughafen müsse noch besser angebunden werden. Dies gilt für Straßen, ÖPNV (z. B. Regionaltangente West) und selbst für das Fahrrad (geplante Radschnellwege).

Die Folge: weitere Zersiedlung und Zerschneidung von landwirtschaftlichen und Naherholungsflächen.

Die Einzelteile und fertigen Waren, die über den Flughafen verteilt werden – und die wir auch konsumieren – beinhalten alle einen sozialen und ökologischen Preis. Per Luftfracht werden u.a. verderbliche Waren transportiert (Stichwort „Wintererdbeeren“), Saisonware und hochpreisige Waren (Elektronik, Optik, Pharmazeutik). Bei Elektronikprodukten müssen die Hauptumsätze in den ersten Monaten nach der Einführung gemacht werden – denn bald ist das „neue“ Modell schon wieder veraltet und wird, obwohl noch funktionstüchtig, gegen den aktuellen Nachfolger ausgetauscht – und mit ihm der Anteil an „Seltenen Erden“, deren Gewinnung mit einer unglaublichen Zerstörung der Ökologie in den Herkunftsregionen einhergeht.

Ähnliches gilt für die Modebranche. Die Billigmode etlicher Anbieter entsteht unter erbärmlichsten Arbeitsverhältnissen. Nach wenigen Wochen ist sie schon wieder „unmodern“ und wird entsorgt.

Der rasante Umschlag von Waren, die weder sozial noch ökologisch verträglich hergestellt wurden, fußt auf der Bereitstellung der Transportkapazitäten des Flughafens. Diese Zusammenhänge sichtbar zu machen, gehört unabdingbar zu einer kritischen Beschäftigung mit dem Flughafen. Außerdem ist es wichtig, sich solidarisch auf andere Kämpfe gegen Flughafen neubauten oder Erweiterungen zu beziehen, sei es in London, in Nantes, in Istanbul oder in Wien damit aus den vielen einzelnen Auseinandersetzungen ein gemeinsames Ganzes wird. Petra Schmidt

54 Tonnen Kerosin abgelassen

KAISERSLAUTERN (dpa). Eine Passagiermaschine hat 54 Tonnen Kerosin über der Westpfalz abgelassen. Grund sei gewesen, dass das Flugzeug wegen technischer Probleme zum Frankfurter Flughafen zurückkehren und zur Landung Gewicht verlieren musste, sagte eine Sprecherin der Deutschen Flugsicherung. Das Flugzeug sei am Montagabend unterwegs nach Kanada gewesen, habe aber wegen Problemen mit der Hydraulik umkehren müssen. Das Sprit abgelassen werde, komme in Deutschland pro Jahr nur zwischen 20 und 30 Mal vor, so die Sprecherin.

www.allgemeine-zeitung.de

Die Bundeswehr hatte für diese Namen keine Verwendung

Momentan wird mal wieder diskutiert, wie es zum Nazi-Einfluss in Kasernen kommen konnte. Nach wie vor gibt es Kasernen, die nach Wehrmachts-offizieren benannt sind.

Man darf erinnern: Als am 2. Oktober 1990 bei der NVA das Licht ausging, wurden mit einem Federstrich auch alle in der Volksarmee verliehenen Ehrennamen von Kasernen, Schulen, Regimentern, Bataillonen und Schiffen auf den Müllhaufen der Geschichte befördert: Rund 300 wurden keiner Bundeswehrehre wert befunden -we-

der der Bauernführer aus dem Mittelalter, noch der Vordenker einer neuen Zeit, weder Sozialdemokraten, noch jüdische Widerstandskämpfer. So gut wie keiner wurde „übernommen“, weil keiner der Bundeswehr als traditionsstiftend angesehen worden war.

Beispiele: *Etkar André, Bernhard Bästlein, August Bebel, Artur Becker, Hans Beimler, Willi Bredel, Rudolf Breitscheid, Ernst Busch, Hans Coppi, Georgi Dimitroff, Heinrich Dorrenbach, Hermann Duncker, Hugo Eberlein, Friedrich Ebert, Friedrich Engels, Wilhelm Florin, Julius Fucik, Juri Gagarin, Florian Geyer, Arvid Harnack, Liselotte Herrmann,*

Edwin Hoernle, Walter Husemann, Leo Jogiches, Heinz Kapelle, Albin Köbis, Soja Kosmodemjanskaja, Wolfgang Langhoff, Eugen Leviné, Karl Liebknecht, Wilhelm Liebknecht, Adolf von Lützow, Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski, Hans Marchwitza, Franz Mehring, Erich Mühsam, Thomas Müntzer, Katja Nierdkirchner, Sandor Rado, Max Reichpietsch, Ludwig Renn, Anton Saefkow, John Schehr, Harro Schulze-Boysen, Werner Seelenbinder, Friedrich Adolf Sorge, Richard Sorge, Ludvik Svoboda, Ernst Thälmann, Bodo Uhse, Fritz Weineck, Erich Weinert, Friedrich Wolf, Konrad Wolf, Clara Zetkin.

Stadtgeschichten



Abfahrt der Züge

von Walldorf nach Mannheim
und
von Walldorf nach Frankfurt a. M.
ab 15. 5. 1927

Nach Mannheim		Nach Frankfurt a. M.	
Vormittag	Nachm.	Vormittag	Nachm.
0,09	12,13	4,22 So.	12,39
5,28	14,17 Sa. Go.	4,37 W.	13,35 w. O'stein
5,49 Dg W	14,34 wa. Sa Dg.	5,07 w. O'stein	15,10
7,10	14,37 So. Dg.	5,37 W.	18,00
8,56 Dg	15,41 Sa. Dg.	6,12 W.	19,33
	16,03	6,55	20,49
	17,20 wa. Sa. Go	7,44	22,34 So.
	18,23	8,20	
	19,19 Go.		
	20,42		
	23,06 W. Dg.		

Zeichenerklärung: W. = Werktags, W. a. Sa. = Werktags außer Samstags,
So. = Sonntags, Sa. = Samstags, Dg. = Dornberg,
Go. = Goddelau-Erfelden, O'stein = Goldstein.

Am 17. November 1879 wurde die Eisenbahnlinie Frankfurt – Mannheim, die sogenannte Riedbahn, feierlich eröffnet. Walldorf und Mörfelden wurden auch „Haltepunkt“ und erhielten einen Bahnhof. Der Anschluss an das große Netz des Schienenverkehrs war vollzogen. Nun konnte man täglich nach Frankfurt hin- und zurückfahren. Dieses Projekt veränderte das Leben in den doch noch landwirtschaftlich geprägten beiden Orten sehr. Es entstanden daraus immer mehr Arbeiterwohngemeinden. In Frankfurt arbeiteten schon vorher viele Maurer, die nur am Wochenende zu Fuß zu ihren Familien konnten und sich am Montag sehr früh wieder auf den Weg nach Frankfurt machten. Die Bahn brachte für sie eine große Erleichterung. Wie in der Mörfelder Chronik zu lesen, ereignete sich elf Jahre nach der Eröffnung der Bahnlinie, im Jahre 1890, ein großes Eisenbahnunglück bei Ffm.-Goldstein (heute Stadion). Es betraf den frühmorgendlichen Arbeiterzug mit 72 Verletzten aus Mörfelden, davon 19 Schwerverletzte, wovon zwei anschließend starben. Am 1. Oktober 1898 wurde die Strecke zweigleisig ausgeführt und in den Wagen die 4. Klasse eingeführt. Unser heutiges Foto zeigt den Walldorfer Bahnhofsvorsteher Wilhelm Kraft (1862-1931) mit seiner Ehefrau Anna Katharine, geb. Diehl. Beide wohnten im neuen, 1911 errichteten, Bahnhof, und hatten 10 Kinder. Daneben sehen wir einen 90 Jahre alten Fahrplan. Es wurde überliefert, dass Wilhelm Kraft ein korrekter Eisenbahnbeamter war und er sich nach dem 1. Weltkrieg sogar mit der französischen Besatzung anlegte. Er sollte für die Franzosen Rangierdienst leisten, den er verweigerte. Daraufhin wurde er strafversetzt.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



KuBa

Jazz for fun - zu Ihrem und unserem Vergnügen!

Konzert Hengstbach Jazz Crew
Samstag, 03. Juni 2017 - 20 Uhr
Eintritt: € 8,-/€ 5,- (ermäßigt) - VVK KuBa

Spieleabend

Dienstag, 06. Juni 2017 - 20 Uhr - Eintritt frei

Irish Folk Session für Musiker und ihre Gäste

Mittwoch, 07. Juni 2017 - 19 Uhr - Eintritt frei

Das 8. Krimi-Dinner

Samstag, 10. Juni 2017 - 20 Uhr
Eintritt: € 25,-/€ 20,- (ermäßigt) - VVK im Kuba ab 2.6.

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 15. Juni 2017 - 20 Uhr - Eintritt frei

Spieleabend Dienstag, 20. Juni - 20 Uhr - Eintritt frei

Quiz Freitag, 23. Juni 2017 - 20 Uhr - Eintritt frei

Abschied vom Lästern - ein Kabarettist fordert sich heraus

Ein Abend mit Einhart Klucke
Samstag, 24. Juni 2017 - 20 Uhr
Eintritt: € 8,-/€ 5,- (ermäßigt) - VVK im KuBa

Kritischer Medienkonsum und Fake-News

Ein informations- und Gesprächsabend mit
Matthias Bartsch vom „Spiegel“
Dienstag, 27. Juni 2017 - 20 Uhr - Eintritt frei

Bal Folk Session für Musiker und ihre Gäste

Mittwoch, 28. Juni 2017 - 19 Uhr - Eintritt frei

Sonntagscafé jeweils von 15 Uhr bis 18 Uhr - Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Der maant,
aus seum Aaschloch
scheunt die Sunn
unn wann er sisch hiehockt,
werd's dunkel.